

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Ukraine

Gabriele Baumann (26.08.2015)

In den ukrainischen Medien herrscht die Meinung vor, dass die Politik der EU gegenüber den Flüchtlingen falsch ist. Die EU sei auf die Flüchtlingskrise nicht vorbereitet, in erster Linie wegen der unterschiedlichen nationalen Politiken der EU-Mitgliedsländer. Dies könne zum Scheitern der europäischen Migrationspolitik und zu einer humanitären Katastrophe führen.

Gleichzeitig könnten es sich viele Länder nicht leisten, steigende Flüchtlingszahlen aufzunehmen, weil dies den Steuerzahler zu sehr belastet. Die beste Lösung wäre eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle Länder der EU. Man sollte auch unbedingt mehr Wohlstand und Frieden in den Krisenregionen sichern sowie die Rettungsaktionen für Flüchtlinge ausweiten. Von den politischen Parteien in der Ukraine gibt es diesbezüglich keine Stellungnahmen.

Ukrainische Medien berichten weiterhin darüber, dass Deutschland die meisten Flüchtlinge innerhalb der EU aufgenommen habe. Besorgt reagierten die Medien auf die Anschläge auf Flüchtlingsheime und rechtsradikale Demonstrationen in Deutschland. Außerdem wurden die Aussagen mehrerer Politiker über ein mögliches Ende der kontrollfreien Grenzen in der EU aufgegriffen. Dies würde die wirtschaftlichen Prinzipien der EU, denen die Freizügigkeit zugrunde liegt, gefährden.

In der Ukraine gibt es seit der Annexion der Krim und dem Krieg im Osten des Landes 1,4 Millionen offiziell registrierte Binnenflüchtlinge. Die inoffizielle Zahl liegt bei ca. 2 Millionen.

Eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung im Bereich der humanitären Hilfe ergänzt zu einem erheblichen Teil die staatliche Unterstützung. Freiwillige eröffnen Heime für Flüchtlinge aus dem Donbass, bieten ihre Wohnungen an, einige Hotels und Sanatorien haben Menschen kostenlos untergebracht. Außerdem haben NGOs Jobcenter aufgemacht oder helfen, Verwandte und das Eigentum der Flüchtlinge aus dem Donbass zu transportieren. Es gibt auch gewisse Spannungen zwischen den Vertriebenen und dem Rest der Bevölkerung: steigende Kriminalität und Arbeitslosigkeit werden mit der steigenden Anzahl der Vertriebenen in Zusammenhang gebracht.

Die staatlichen Institutionen sind aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht in der Lage, den Binnenflüchtlingen ihren Lebensunterhalt zu sichern. Viele Kommunen, besonders in der Ostukraine, sind überlastet. Es fehlt vor allem an Unterkünften für Vertriebene.

Migranten aus der Ukraine sind einerseits Flüchtlinge, die vor dem Krieg in Donbass und aus der Krim fliehen, andererseits sind es Arbeitsmigranten, deren Zahl in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Die meisten Arbeitsmigranten reisen nach Russland, Italien, Deutschland und Polen aus. Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Donbass nach Deutschland wird mit ca. 5.000 angegeben.

Ungarn

Frank Spengler/Bence Bauer (27.08.2015)

Lange beherrschte die Dramatik der Flucht über das Mittelmeer die internationalen Medien und damit auch die politische Diskussion in Europa. Obwohl die ungarischen Politiker schon sehr früh die „Alarmglocken“ in Brüssel geschlagen haben und vor einer Flüchtlingswelle über die serbisch-ungarische Grenze gewarnt hatten, reagierte die Europäische Union auf die Probleme der „Balkanroute“ der Flüchtlinge erst sehr spät. Die ungarische Regierung hatte sich deshalb entschlossen, einseitig zu handeln, um den Massenandrang illegaler Einwanderer aufzuhalten. Der von Ungarn errichtete Grenzzaun hat vielleicht geholfen, die